

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Wolfgang Seidl, Anton Mahdalik und Ing. Udo Guggenbichler, MSc betreffend „gegen die Sonntagsöffnung“, eingebracht in der Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke im Rahmen der Debatte zum Budgetvoranschlag 2021 am 10. Dezember 2020 zu Post 1

In regelmäßig wiederkehrenden Abständen werden die Stimmen der Betreiber von Einkaufszentren und großen Verkaufsketten laut, indem sie die Sonntagsöffnung fordern, um die angestrebte Umsatzmaximierung ohne Rücksicht auf Beschäftigte und ihre Familien weiterzuverfolgen. Familienbetriebe sowie der kleine und mittlere Einzelhandel kämen dadurch in die Zwangslage, ebenfalls am Sonntag zu öffnen oder aber noch mehr unter die Räder zu kommen. Genießen sie den Ruhetag mit ihrer Familie und verlieren dabei Umsatz an Einkaufszentren und Ketten, oder öffnen sie ihr Geschäft, um das Feld nicht den Großkonzernen überlassen zu müssen, wobei sie dadurch wertvolle Zeit für Familie und Gesundheit verlieren.

Denn in den meisten Fällen ist es für kleine Geschäfte einfach nicht leistbar (z.B. aufgrund hoher Betriebs- und Personalkosten), Angestellte für Sonntagsdienste zu beschäftigen. Weitere Gründe, die planbare Regenerationszeit am Sonntag nicht zu gefährden, sind neben der großen Ablehnung der Betroffenen (lt. Umfrage der gpa lehnen 96 % der im Handel Beschäftigten eine Sonntagsöffnung ab) auch die ungelöste Frage der Kinderbetreuung von z.B. alleinerziehenden Beschäftigten, sowie das ehrenamtliche Engagement, welchem nicht mehr nachgekommen werden könnte. Eine Marktforschung (Integral) hat ergeben, dass vor allem Frauen mit Kindern (67 %) und Menschen im Alter von 30 bis 49 (65 %) nicht auf den arbeitsfreien Sonntag verzichten wollen. Warum diese Fakten regelmäßig ignoriert und jetzt sogar die Umstände der Corona-Krise missbraucht werden, um ein reines Minderheitenprogramm mit enormen Nachteilen für die breite Masse und zu Lasten des sozialen Zusammenhaltes umsetzen zu wollen, entschließt sich jeglicher Vernunft.

Auch der plumpe Versuch der Politik, die Verantwortung der Entscheidung in einer dermaßen heiklen Angelegenheit, wie der Sonntagsöffnung, an die Sozialpartner zu überantworten, stößt auf großes Unverständnis.

(vgl. Wirtschaftsstandort Wien - diePresse vom 02.12.2020, S.IV)

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat der Stadt Wien spricht sich gegen die allgemeine Sonntagsöffnungszeit und im Speziellen gegen die Sonntagsöffnung im Handel aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.